

**Satzung
der Gemeinde Bokel
Kreis Pinneberg
über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern
(Entschädigungssatzung)**



Aufgrund des § 4 Abs. 1 S. 1 und des § 24 Abs. 3 S. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28.02.2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.09.2020 (GVOBI. S. 514), sowie des § 32 Abs. 6 S. 1 des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Brandschutzgesetz - BrSchG) in der Fassung vom 10.02.96, zuletzt geändert am 25.09.2020 (GVOBI. S. 686), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevorvertretung der Gemeinde Bokel vom 10.12.2020 folgende Satzung der Gemeinde Bokel über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern erlassen:

§ 1

Anwendungsbereich und Entschädigungsgrundlagen

(zu beachten: §§ 4 und 24 GO, Entschädigungsverordnung – EntschVO,
Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren – EntschVOfF und
Entschädigungsrichtlinie –EntschRichtl-fF)

Die Entschädigungssatzung regelt die Entschädigung der Mitglieder der Gemeindevorvertretung und ihrer Ausschüsse, der Ehrenbeamten und –beamten sowie der sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde nach Maßgabe der zum Zeitpunkt der Betrachtung geltenden Fassung

1. der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28. Februar 2003 (GVOBI. 2003, S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.09.2020 (GVOBI. S. 514),
2. der Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung - EntschVO) des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 3. Mai 2018,
3. der Landesverordnung über die Entschädigung der Wehrführungen der freiwilligen Feuerwehren und ihrer Stellvertretungen (Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren - EntschVOfF) des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 28. März 2018 und
4. der Richtlinie über Entschädigung von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren und der Pflichtfeuerwehren (Entschädigungsrichtlinie – EntschRichtl-fF) Gl.Nr. 2125.38 vom 28.03.18.

§ 2

Aufwandsentschädigungen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters und ihrer/seiner Stellvertreterinnen oder Stellvertreter

(zu beachten: § 6 und § 9 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 9 Abs. 2 EntschVO)

- (1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung, gemäß des § 6 Abs. 1 EntschVO.

(2) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister werden auf Antrag besonders erstattet, gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 und 2 der EntschVO:

1. Bei Benutzung eines Wohnraumes für dienstliche Zwecke neben einer Mietpauschale die zusätzlichen Aufwendungen für dessen Heizung, Beleuchtung und Reinigung,
2. bei dienstlicher Benutzung eines privaten Fernsprechers die Kosten der dienstlich geführten Gespräche, die anteiligen Grundgebühren und bei erstmaliger Herstellung des Anschlusses nach Übernahme des Ehrenamtes die anteiligen Kosten der Herstellung.

Die Entschädigungen nach Ziffer 1 und 2 können jeweils durch eine Pauschale gezahlt werden. Die Festsetzung der Höhe der Pauschale erfolgt durch Beschluss der Gemeindevertretung.

(3) Der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters wird bei Verhinderung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters für ihre oder seine besondere Tätigkeit als Vertretung, gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 9 Abs. 2 EntschVO, eine entsprechende Aufwandsentschädigung gewährt, deren Höhe von der Dauer der Vertretung abhängt. Die Aufwandsentschädigung beträgt für jeden Tag, an dem die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister vertreten wird, ein Dreißigstel der, in Absatz 1 genannten, monatlichen Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. Die Aufwandsentschädigung für die Stellvertretung darf die Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters nicht übersteigen. Für Vertretungen, die im Einzelfall weniger als 3 Tage dauern, wird eine Vertretungsentschädigung nicht gewährt.

§ 3 Sitzungsgelder

(zu beachten: § 12 EntschVO)

(1) Die Gemeindevertreterinnen und -vertreter erhalten nach Maßgabe der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse ein Sitzungsgeld in Höhe des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung, gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 12 Abs. 1 EntschVO.

(2) Die nicht der Gemeindevertretung angehörenden Mitglieder der Ausschüsse (bürgerliche Mitglieder) erhalten nach Maßgabe der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung, gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 12 Abs. 1 EntschVO, für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse ein Sitzungsgeld in Höhe des Höchstsatzes der Verordnung.

Entsprechendes gilt für stellvertretende Ausschussmitglieder, die nicht der Gemeindevertretung angehören, im Vertretungsfall.

(3) Ausschussvorsitzende und bei deren Verhinderung deren Vertretende erhalten nach Maßgabe der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung für jede von ihnen geleitete Sitzung ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe des Höchstsatzes des Sitzungsgeldes der Verordnung, gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2. i. V. m. § 12 Abs. 1 EntschVO.

§ 4 **Entgangener Arbeitsverdienst**

(zu beachten: § 13 Abs. 1,2 und 4 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr.2 und 3 sowie Abs. 2, 3,5 GO)

(1) Ehrenbeamtinnen und -beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeindevertreterinnen und -vertretern, den nicht der Gemeindevertretung angehörenden Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern von Ausschüssen und Mitgliedern der Beiräte ist der durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entgangene Arbeitsverdienst aus unselbstständiger Arbeit auf Antrag in der nachgewiesenen Höhe gesondert zu ersetzen. Ferner ist der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zu erstatten, soweit dieser zu Lasten der oder des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

(1) Sind die Abs. 1 in Satz 1 genannten Personen selbstständig, so erhalten sie für den durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entstandenen Verdienstausfall auf Antrag eine Verdienstausfallentschädigung, deren Höhe je Std. im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Verdienstausfalls nach billigem Ermessen festgesetzt wird. Der Höchstbetrag der Verdienstausfallentschädigung je Std. beträgt 15,00 EUR. Die Verdienstausfallentschädigung je Tag ist auf 180,00 EUR begrenzt.

§ 5 **Abwesenheit vom Haushalt**

(zu beachten § 13 Abs. 3 und 4 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr. 4 sowie Abs. 2, 3, 5 GO)

Ehrenbeamtinnen und -beamte, ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger, Gemeindevertreterinnen und -vertreter, die nicht der Gemeindevertretung angehörenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder von Ausschüssen und Mitglieder der Beiräte, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen führen und nicht weniger als 20 Std. je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die durch das Ehrenamt oder die ehrenamtliche Tätigkeit bedingte Abwesenheit vom Haushalt während der regelmäßigen Hausarbeitszeit gesondert auf Antrag für jede volle Std. der Abwesenheit eine Entschädigung. Der Stundensatz dieser Entschädigung beträgt 7,50 EUR. Auf Antrag sind statt einer Entschädigung nach Stundensätzen die angefallenen notwendigen Kosten für die Vertretung im Haushalt zu ersetzen.

§ 6

Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen

(zu beachten §14 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr. 5 sowie Abs. 2, 3, 5 GO)

Ehrenbeamtinnen und –beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeindevertreterinnen und –vertretern, die nicht der Gemeindevertretung angehörenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder von Ausschüssen und Mitgliedern der Beiräte werden auf Antrag die nachgewiesenen Kosten einer durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit erforderlichen entgeltlichen Betreuung von Kindern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder pflegebedürftiger Familienangehöriger gesondert erstattet. Dies gilt nicht für Zeiträume, für die entgangener Arbeitsverdienst aus unselbständiger Arbeit oder Verdienstausfallentschädigung nach § 4 oder eine Entschädigung nach § 5 gewährt wird.

§ 7

Reisekosten- /Fahrtkostenentschädigungen

(zu beachten: §§ 15 und 16 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr. 6 sowie Abs. 2, 3, 5 GO)

- (1) Ehrenbeamtinnen und –beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeindevertreterinnen und –vertretern, den nicht der Gemeindevertretung angehörenden Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern von Ausschüssen und Mitgliedern der Beiräte ist für die Dienstreisen eine Reisekostenvergütung zu gewähren.
- (2) Fahrkosten für die Fahrten zum Sitzungsort und zurück werden **nicht** gesondert erstattet.

§ 8

Aufwandsentschädigung der Wehrführerin oder des Wehrführers und ihrer oder seiner Stellvertreter

(zu beachten: § 2 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3, Abs. 3 und 4 EntschVOFF)

Die Gemeindewehrführerin oder der Gemeindewehrführer und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter erhalten nach Maßgabe der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung Freiwillige Feuerwehren eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Verordnung, gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 2 Nr. 3 EntschVOFF und gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 4 EntschVOFF.

§ 9

Atemschutzwartinnen/Atemschutzwarte, Gerätewartinnen/Gerätewarte,

Jugendfeuerwehrwartinnen/Jugendfeuerwehrwarte

(zu beachten: § 2 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3, Abs. 3 und 4 EntschVOFF ,

Nr. 2.5 und 8.4 EntschRichtl-fF)

Der oder die Geräte-, Atemschutzgeräte- und Jugendwarte erhalten eine jährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20 von Hundert des Höchstsatzes des Gemeindeführers. Der oder die Funkwarte/in erhalten eine jährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 10 von Hundert des Höchstsatzes des Gemeindeführers.

§ 10

Verarbeitung personenbezogener Daten

(zu beachte: Datenschutz-Grundverordnung DSGVO, Landesdatenschutzgesetz – LDSG)

Die Gemeinde Bokel und das Amt Hörnerkirchen ist für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Gemeindevertretung sowie der sonstigen Mitglieder in Ausschüssen und Beiräten bei den Betroffenen gem. § 13 und § 26 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) zu erheben und in einer Überweisungs- sowie einer Mitgliederkartei zu speichern.

§ 11

Rückgang der Einwohnerzahl

Ein Rückgang der Einwohnerzahl ist für die Bemessung der Aufwandsentschädigung bis zum Ablauf der jeweiligen Wahlperiode unbedeutlich.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig treten die Entschädigungssatzung vom 01.04.2003 sowie die 1. Änderungssatzung der Satzung der Gemeinde Bokel über Entschädigung in Kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung) vom 01.07.2011 außer Kraft.

Bokel, den 10.12.2020



Wolfgang Münster

(Bürgermeister)

